Buchbesprechungen

Sven Kjöllnerström, *Biskopstillsättningar i Sverige 1531 — 1951* (Bischofsbestellungen in Schweden 1531—1951). Lunds Universitets Årsskrift (Jahresschrift) N. F. Avd. 1. Bd. 48, Nr. 5; *Studia Teologica Lundensia*, Skrifter utgivna av Teologiska Fakulteten i Lund. Lund, C. W. K. Gleerup 1952, 248 S. gr. 8^o.

Mit einem Bedauern muß die Anzeige beginnen: daß dies Werk nicht auch auf Deutsch vorliegt oder daß doch zum mindesten nicht ein Raum von einigen 20 Seiten für die Anzeige zur Verfügung steht. Denn, um einige Gründe zu nennen, es handelt sich um eine ungemein wertvolle Leistung; in sich selbst und in ihrem Schrifttumsapparat zeigt sie, daß die schwedische kirchengeschichtliche und -rechtliche Forschung sich auf hohem Niveau bewegt und noch neuestens wenigstens den Titeln nach fesselnde Studien gezeitigt hat; sie berichtet über einen in Deutschland nicht bekannten Gegenstand, und dieser Bericht besitzt für uns in unserem Umbruch der protestantisch-kirchlichen und zumal staatskirchlichen Verhältnisse akutes Interesse, weil manche Fragen (Wesen der Bischofsstellung, Bestellung der Bischöfe und Beteiligung der Laien daran, Verhältnis zur weltlichen Gewalt u. a. m.) in Schweden mit seiner ungestörten Entwicklung mehr als bei uns durchdiskutiert sind. Die Ungestörtheit der inneren Geschichte durch Krieg und Bürgerkrieg seit wohl 300 Jahren oder mehr hat eine Erhaltung des Quellen- und Archivmaterials zur Folge gehabt, die nur wenige Länder und jedenfalls wir nicht kennen. Aus den gleichen und anderen Gründen besitzt der Kontinuitäts- sowohl als auch der Rechtsgedanke eine unvergleichliche Stärke von überaus wohlthuender Wirkung auch auf den ausländischen Gelehrten als neutralen Zuschauer, von der Wirkung auf das Leben in Schweden selbst nicht zu reden.

In 10 Kapitel ist nach einer Einleitung (S. 9—13) die Darstellung gegliedert:

- I. Die Erzbischofsbestellung 1531 und die Vorschriften über die Bischofswahlen der Kirchenordnung von 1571 (S. 14—22).
- II. Johann III. und die Bischofsbestellungen (S. 23—35).
- III. Die Bischofsbestellungen bei der Versammlung zu Upsala 1593 und Karl IX. (S. 36—56).
- IV. Das Consistorium regni als Wahlkorporation 1611—1654 (S. 57—90).
- V. Das Consistorium regni oder die Stiftpfarrer als Wahlkorporation sowie Bestellungen ohne Wahl 1655—1687 (S. 91—117).

- VI. Die Erzbischofsbestellungen 1669—70, 1676 und 1681 (S. 118—130).
- VII. Die Bestimmungen über Bischofsbestellungen im Kirchengesetz von 1686 und ihre Anwendung 1686—1720 (S. 131—155).
- VIII. Die Entstehung der kgl. Verordnung vom 30. 5. 1759 (S. 156—178).
- IX. Der Erzbischof und das Erzstift (S. 179—207).
- X. Laien und Bischofswahl (S. 208—234).

Dies sind („Inhalt“ S. 5) die einzigen Übersichtsangaben. Untergliederungen (so Kap. II in 3 Abteilungen), werden nicht aufgeführt und tragen im Text keine Überschriften. Dadurch wirken die Kapitel lang, und schwer fällt dem Ausländer die Orientierung, zumal alles ebenso natürlich wie unausgesprochen gesehen wird im Rahmen der schwedischen Staatsgeschichte mit ihrer eigenartigen, im Ausland kaum bekannten Periodisierung:

- A. Die Früh- oder Heidenzeit bis etwa 1060.
- B. Das Mittelalter oder die katholische Zeit bis 1521.
- C. Die neuere Zeit seit 1521.
  - I. Die Reformationszeit 1521—1611.
  - II. Die Großmachtzeit 1611—1718.
  - III. Die Freiheitszeit 1718—1772.
  - IV. Die gustavianische Zeit 1772—1809; Gewaltenteilung.
  - V. Die Revolutionszeit und die neue Verfassung 1809 bis 1815.
  - VI. Die Auflösung des Ständewesens 1815—1866.
  - VII. Die Verfassungsänderung 1866 und das allgemeine Stimmrecht 1866—1918.
- D. Die neueste Zeit seit 1918; Wohlfahrts- und Regulierungsstaat.

Eine Beilage über die Vorschläge für die Erzbischofsbestellungen 1730—1950, ein Personenregister von 13 Spalten und eine recht ausführliche „Zusammenfassung“ des Inhaltes in deutscher Sprache vervollständigen das Werk; wegen dieser „Zusammenfassung“ darf Bibliotheken die Anschaffung des Werkes empfohlen werden, auch wenn Benutzer nicht in Frage stehen, die des Schwedischen kundig sind. Ein Schlagwortregister von einiger Ausführlichkeit würde die Auswertbarkeit erhöhen, die Zusammenstellung des Schrifttums und der Quellen je in besonderem Register nicht weniger.

In ungewöhnlichem Grade ist das Werk aus den Quellen gearbeitet: Archive des Staates, der Kommunen, der Domkapitel, Diözesen, Pfarrämter usw., auch derjenigen Finnlands, Est-, Liv- und Kurlands, ja selbst Trondheims (nach dem Frieden von Roskilde, 1658—1660), — eine Leistung von einem Umfang und einer Akribie, vor der man, mögen viele Quellen auch gedruckt vorliegen, nur bewundernd stehen kann. Welche Forschung, welches Suchen mag allein der Niederschrift des Urteils an mancher Stelle vorangegangen sein, daß für den fraglichen Zusammenhang die Quellen nichts ergeben! Infolge der Arbeit aus den Quellen bei Unterdrückung von Deutungen aus Geistes- oder soziologischen Zusammenhängen oder in H. Mitteis' Sinne („Vom Lebenswert der Rechtsgeschichte“, Weimar 1947) macht die Untersuchung ganz und gar einen „realitätsbetonten“ Eindruck, um einen gegenwärtig im Norden gebräuchlichen Ausdruck für „sachlich und nüchtern“ zu benutzen. Dies Verfahren hat den Verfasser in den Stand gesetzt, bisher herrschende Auffassungen zu berichtigen, — in einem besonders prägnanten Fall im VII. Kapitel. Für die hier fragliche bisherige Auffassung von der Teil-

nahme des Pfarrerstandes an der Entstehung der neuen Staats-Grundgesetze auf den ersten Reichstagen der „Freiheitszeit“ 1718—1772 (Reaktion auf die Zeit als Großmacht und des Absolutismus 1611—1718) hatte Otto Holmdahl (S. 156 ff.) in einem Werke von 1912 den Grund gelegt: Der Absolutismus habe durch das persönliche Regiment des Inhabers der fürstlichen Zentralgewalt und gemäß naturrechtlichem Denken die Kirche überfahren und ihr ihre natürliche und alte Freiheit genommen (u. a. Bischofsbestellungen ohne Wahl aus eigener Machtvollkommenheit); mit der „Freiheitszeit“ habe der Pfarrerstand der Kirche in reformatorischem Gedankengang ihre Freiheit zurückgewonnen. Demgegenüber hat die Forschung aus den Quellen nachgewiesen, daß „die Tradition ... stärker war als die Prinzipien“ und daß Holmdahls Generaldeutung nicht zutrifft (s. i. e. unten), — gewiß ein bedeutsames Ergebnis und ein Beweis dafür, daß exakter Quellenforschung nicht entzogen werden kann.

Die Entwicklung der Bischofsbestellung weist diesen Hergang auf: Die drei mittelalterlichen Momente der Wahl (*electio*), der Bestätigung (*confirmatio*) und der Weihe (*consecratio*) haben bis heute die Organisations-, aber auch die Kampfpunkte des Lebens sowie die Punkte des Ansatzes für die Bildung von Normen abgegeben. Seit dem 13. Jahrhundert waren Wahlkörperschaft die Domkapitel, wie sonst in Europa, und auch noch nach der Reformation. Die Kirchenordnung des ersten evangelischen Erzbischofs Laurentius Petri von 1571 schuf als Wahlkörperschaft ein besonderes Gremium aus Geistlichen und Laien, das später sogenannte *consistorium regni* oder Reichskonsistorium der zu den Reichstagen versammelten Geistlichkeit, zur Bestimmung des *electus* nach dem Majoritätsprinzip. Die *confirmatio* erfolgte durch den König, die *consecratio* durch einen oder mehrere Bischöfe, in der Regel bis heute durch den Erzbischof.

Bald aber wurde das Recht des Wahlkörpers, den *electus* zu bestimmen, auf die Verpflichtung herabgemindert, der weltlichen Obrigkeit Kandidaten vorzuschlagen. Die Könige Johann III. (1568—1592) und Karl IX. (1599—1611) benannten der Wahlkörperschaft bisweilen den Kandidaten, den sie gewählt wünschten.

Neben dem *consistorium regni* erscheint in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts die Geistlichkeit des jeweiligen Bistums als Wahlkörperschaft, wenn auch zunächst noch nicht von größerer Rolle, da ihre Vorschläge nicht als maßgebend galten. Seit etwa 1650 gehörte jedoch die Wahl durch die Geistlichen des Bistums zur Bischofsernennung. Das Abstimmungsergebnis wurde dem *consistorium regni* zugeleitet. Die Initiative zu diesen Wahlen ging vor 1655 von der Synode, vom Domkapitel, vom *consistorium regni* oder vom Erzbischof aus. Karl X. Gustav (1654—60) entzog den kirchlichen Behörden das Recht, ohne königliche Genehmigung Wahlen abzuhalten. Immerhin waren damit die Wahlen durch die Diözesan-Geistlichen als solche sanktioniert. Nach und nach wurden dieselben mit dem Domkapitel die einzige Wahlkörperschaft. 1686 fiel das *consistorium regni* fort.

Um 1680 war der König noch nicht verpflichtet, einen der bei der Wahl vorgeschlagenen Kandidaten zum Bischof zu ernennen. Ernennung eines Mannes, der bei der Wahl keine Stimme erhalten hatte, kam anderseits selbst in dieser Zeit der Großmacht und des Absolutismus nicht vor, wohl aber, daß der König ohne Wahl einen Bischof ernennen

konnte und ernannte, oft anlässlich der Versetzung eines Bischofs oder eines Superintendenten von einem Bistum in ein anderes von höherem Range. Seit der Reformation galt dies, von Holmdahl nicht berücksichtigt (s. o.), als Rechtssatz.

Das Kirchengesetz von 1686 hat die gezeichnete Praxis kodifiziert. Das Domkapitel hat nun eine Bischofsvakanz dem König zu berichten, auf dessen Genehmigung im Bistum Bischofswahl zu veranstalten und nachher ihm eine Liste derjenigen einzureichen, die Stimmen erhalten haben. Der König ernennt sodann einen der Vorgeschlagenen oder einen anderen, also eine sehr große Freiheit der staatlichen Gewalt. Zu Mißbrauch ist es jedoch weder durch Karl IX. noch durch Karl XII. gekommen.

Nach dem Ende des Absolutismus und seit der Verfassung von 1720 erreichten Bestrebungen vor allem der niederen Geistlichkeit eine Verfassungsbestimmung, wonach bei jeder Vakanz eine Bischofswahl abzuhalten und der König gehalten war, einen der drei Kandidaten mit den meisten Stimmen zu ernennen. Die Diözesangeistlichen hatten damit insoweit die Entscheidung. Für die Superintendenten sollte das Entsprechende gelten.

Die Bestimmungen des Kirchengesetzes von 1686 und der Verfassung von 1720 über die Bischofswahl gingen noch nicht überall hinreichend ins einzelne. Eine kgl. Verordnung vom 30. 5. 1759 brachte nach eingehender Vorbereitung Hand in Hand mit den Domkapiteln eine Vervollständigung. Sie steht i. w. noch heute in Kraft.

Danach ist je vom Propsten in seiner Propstei nach Gebet in der Kirche Bischofswahl abzuhalten an einem vom König auf Vorschlag des Domkapitels bestimmten Tage. Wahlberechtigt sind die zur Ausübung des Pfarramtes berechtigten Geistlichen der Propstei; schriftliche Stimmenabgabe ist bei hinreichendem Grunde zulässig. Jeder Stimmzettel enthält drei Namen. Das Protokoll wird dem Domkapitel eingereicht, dessen Glieder ihre Stimmen zugleich mit den Geistlichen abgeben. Das Domkapitel nimmt die Zählung vor. Der König ernennt einen der drei Vorgeschlagenen.

Laienbeteiligung an der Bischofswahl war in der Kirchenordnung von 1571 vorgesehen. Praktisch wurde sie nicht. Repräsentant der Laien wurde der König. Viel Diskussion, auch amtlich niedergelegt (Gesetzesentwürfe, Reichstagsdebatten u. ä.), hat oft und erregt darüber stattgefunden, zumal seit dem ersten Kirchentag 1868. Seit dem Kirchentag 1925 ist indes eine völlige „Stromkenterung“ eingetreten. Auf dem Kirchentagen 1926, 1929 und 1948 wurde die Laienteilnahme abgelehnt, anders als sonst im Norden. Wie die katholische, so schließt die schwedische Kirche das Laienelement vom Einfluß auf die Bischofswahlen aus, außer soweit sich in den Domkapiteln Laienvertreter befinden.

Anders als hinsichtlich der Bischöfe haben Leben und Recht sich in einigen Punkten für die Bestellung des Erzbischofes entwickelt. Beide Entwicklungen haben sich verschlungen miteinander vollzogen. Entsprechend wären sie darzustellen. In der Tat verfährt Kj. danach sowohl in seinem Gesamtwerk als auch in seiner Zusammenfassung. Wenn hier zuerst die eine, dann die andere Entwicklung vorgeführt wird, so nur der Übersichtlichkeit halber. Eines scheint Schaden leiden zu müssen, die Übersichtlichkeit oder Darstellung in der Sache. Hier wird es mehr auf

die Übersichtlichkeit ankommen, und die Leser dieser Zeitschrift sind darin erfahren, eine Verschlungenheit, wie sie hier in Rede steht, in Rechnung zu stellen, um im Bedarfsfalle um die Kenntnis des Originals besorgt zu sein.

Bereits bei Laurentius Petri's Wahl zum Erzbischof 1531 bildete die Wahlkörperschaft nicht, wie im Mittelalter, das Domkapitel von Upsala, sondern eine — soziologisch und rechtlich schwer bestimmbare — Gesamtheit von Vertretern der schwedischen Kirchenprovinz in deren Gänze, „den Vornehmsten des Klerus“. Daran hat die Kirchenordnung des großen Erzbischofes von 1571 mit ihrer Vorschrift einer Wahlkörperschaft aus Geistlichen und Laien für die Bischofswahlen angeknüpft. Die folgenden Erzbischofswahlen von 1636 und 1647 schlossen sich dem Beispiel von 1531 an und fanden im *consilium regni* statt. 1669 dagegen verordnete der König Wahl durch die Geistlichen des Bistums Upsala und die Bischöfe und Superintendenten des Reiches. Der König galt als an deren Vorschlag gebunden; Ernennung ohne Wahl kam nicht vor. Das *constitorium regni* war damit als Wahlkörperschaft für die Erzbischofswahlen abgeschafft. Nach der Kgl. Verordnung von 1759 wird bei einer Erzbischofswahl von den Geistlichen des Bistums Upsala und sämtlichen Domkapiteln abgestimmt. Von 1759—1934 hatten, da der Erzbischof Prokanzler der Universität Upsala war, auch deren Professoren Stimmrecht, — insgesamt 14 Wahlkörper mit je einer Stimme. — So lautet das Ergebnis trotz vieler und z. T. mächtiger Bestrebungen seit 1772, den Geistlichen des Erzstiftes stärkeren Einfluß auf die Wahl ihres „Chefs“, wie man sich in der Sprache des Naturalismus und des technischen Zeitalters nicht selten ebenso natürlich wie sinnwidrig ausdrückt, zu gewähren. Der Erzbischof erschien und erscheint mehr und mehr als Repräsentant der schwedischen Kirche nach innen und außen; das Interesse des Reiches müsse daher dem des Bistums vorgehen. Nach besonderer Untersuchung der Erzbischofswahlen hat überdies das angewandte Verfahren auch *sub specie dioeceseos* befriedigt.

So in Kürze und mit der dadurch gegebenen Vereinfachung Kj.s Forschungsergebnis. Wenn es über Gelehrtenarbeit die beiden einander scheinbar widersprechenden Urteile gibt: niemand kenne einen Gegenstand wahrhaft, er habe denn über die entsprechende Grunddisziplin ein „System geschrieben“ und sehe nun demgemäß den Gegenstand, sowie „Die Monographien bilden die Grundlagen der Lehrsysteme“ (Forsthoff, Lehrbuch des Verwaltungsrechtes, 2. Aufl., München und Berlin 1951 (S. VII), so darf Kj.s Werk mit dem hohen Tone gewertet werden, der in dem zweiten Urteil liegt. Darüber hinaus vermittelt sein Forschungsergebnis eine Lehre von Gewicht für die Theorie und die Praxis des Lebens, im großen wie im kleinen: „*Pas trop de zèle!*“ Für die Theorie: das Beispiel Holmdahl's mit seiner geistvollen Deutung, die die Zeit mit sich riß, einerseits und mit deren Führung ad absurdum andererseits durch die exakte Quellenforschung zeigt, daß man eine Generation lang oder mehr damit zuwarten muß, die These einer solchen Deutung als bewiesen anzusehen. Für die Praxis recht ähnlich: wie stark war nicht, wie Kj. durch Zitate ausführlich dartut, die liberal-individualistische Kritik etwa am Bischofs- und zumal am Erzbischofsamt! Glatte Abschaffung wurde verlangt. Und heute, seit der Stromkenterung von 1925, heute kann man etwa im Domkapitel wieder mehr

und anderes sehen als nur die Summe seiner Teile, nämlich eine organische Einheit als Teilgestalt an der „Gesamtgestalt Kirche“, um eine neuere und doch alte, auf Aristoteles zurückgehende Anschauungsweise anzuführen. In der Vergangenheit haben davon am meisten einige konservative Reichstagsmitglieder, deren Stimmen Kj. anführt, gesehen, ohne daß sie natürlich die neue Gestaltlehre gekannt hätten.

Dies führt auf ein Letztes: auf einen Hinweis darauf, daß mit der Gestaltlehre die Phänomene Kirche, Domkapitel, Bischof, Erzbischof usw. richtiger gesehen und „mit einer Angemessenheit dargestellt werden können, wie sie keiner Zeit vor uns möglich war“ (Schadewaldt zur Integrationslehre in „Die Wandlung des Homerbildes in der Gegenwart“, in „Universitas“, 7. Jg. 1952 S. 240). Es sei unterstrichen: wir befinden uns am Beginn einer völligen „Stromkenterung“ unseres Wahrnehmungsvermögens bezüglich sozialer Dinge (Staat, Gesellschaft, Gemeinschaft, Samfund, Kirche usw.). Dazu kann hier nur auf das Schrifttum verwiesen werden, besonders auf die beiden „Philosophischen Wörterbücher“ von Walter Brugger, S. J. und von Justus Steller (Verlag Herder, Freiburg 1947 bzw. Kröner, Stuttgart 1951), die beide für die Orientierung sehr instruktiv sind; ferner juristisch auf den Überblick bei Wolgast, Grundriß des Völkerrechts, Hannover 1950, S. 38/9 Anm. 3. Die Lehre hat bisher i. w. nur für philosophische Fragen Entwicklung erfahren, hat sich hier völlig durchgesetzt und ist unter einem Namen wie „Gestalt Psychology“ in der anglo-amerikanischen Wissenschaft bekannt und anerkannt; s. David Katz, Gestalt Psychology, London 1951. Mit der neuen Lehre wird die gesamte Lehre von der Kirche überholt, wie sie ersichtlich ist etwa aus den 22 Seiten bloßer Buchtitel der führenden Sprachen bei Åke V. Ström, Kirkoproblemet, Lund 1943, dem noch nicht bekannt sein konnte die große ekklesiologische Enzyklika Pius XII. „Mystici Corporis Christi“ vom 21. Juni 1943 (AAS. 35 p. 193 n., deutsch: Paderborn, Schöningh 1946). Nachzutragen wäre die vortreffliche Schrift mit ihrem bezeichnenden Titel „Ecclesiology im Werden“ von Mannes Dominikus Koster, Paderborn 1940. Dies alles darf über die neue Gestaltlehre gesagt werden trotz Bewußtseins der Warnung des Kjschen Werkes vor dem „Trop de zèle“.

Nürnberg

Ernst Wolgast

Biographisches Wörterbuch zur deutschen Geschichte von Hellmuth Rössler und Günther Franz unter Mitarbeit von Willy Hoppe. — München, Oldenbourg, 1952. — XLVIII, 968 S. 8^o.

Das biographische Wörterbuch ist der erste Teil eines zweibändigen Hilfsbuches zur deutschen Geschichte. Ein Sachwörterbuch, auf dessen Artikel schon hier immer durch schräg gerichtete Pfeile verwiesen wird, wird sich anschließen. Das Gesamtwerk soll ein Nachschlagewerk für Studenten, Lehrer der Geschichte, für Journalisten, Politiker und jeden historisch interessierten Leser bilden. Ein derartiges Handbuch fehlte bisher durchaus; heute ist es aus bekannten Gründen notwendiger denn je. Bisher hatten die Historiker allen Grund, auf die RGG neidisch zu sein.

Der Schwerpunkt des biographischen Wörterbuches — im folgenden abgekürzt BW. —, das von der Römerzeit bis zum Jahre 1933 führt, liegt